

Zivilklausel für Karlsruher Institut

Ein internationaler Appell gegen deutsche Nuklear- und Waffenforschung unter einem Dach

Über 60 Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens aus 14 Staaten haben in New York einen Appell unterzeichnet, mit dem Bundestag, Landtag Baden-Württemberg und Senat der Uni Karlsruhe aufgefordert werden, im Gesetz für das Karlsruhe Institute of Technology (KIT) die Zivilklausel »Das KIT verfolgt nur friedliche Zwecke« zu verankern. Zu den Unterzeichnern gehören der Bürgermeister von Hiroshima, Tadatoshi Akiba, der Physiknobelpreisträger Jack Steinberger (USA) sowie Parlamentarier aus Großbritannien, Italien, Taiwan und Japan.

Wie Elsa Koester am 16. April auf dieser Seite ausführte, entsteht das KIT aus der Verschmelzung von Uni und Forschungszentrum Karlsruhe. An letzterem gilt die Zivilklausel seit der Gründung 1956. Hier wird Nuklearforschung betrieben – zu friedlichen Zwecken. Die Universität betreibt Rüstungsforschung und soll das auch weiter tun, obwohl sich die Studenten in einer Urabstimmung eindeutig für die Einführung der Zivilklausel ausgesprochen haben, zu deren Durchsetzung die Gewerkschaft ver.di eine Initiative gestartet hat.

Ein Ende März vorgelegter Gesetzentwurf, der in den nächsten Wochen durch den Landtag gebracht werden soll, enthält nur eine Teilzivilklausel für die Großforschung. Die Begründung der Landesregierung, die Klausel verstoße gegen die grundgesetzlich garantierte Wissenschaftsfreiheit, hat der Verfassungsrechtler Erhard Denninger in einem Gutachten für unhaltbar erklärt. In Gegenteil steht die Zivilklausel im Einklang mit der Friedensfinalität der Verfassung und dem gesellschaftlichen Auftrag der Hochschulen.

»Angesichts der globalpolitischen Entwicklungen« hält Reiner Braun vom International Network of Engineers and Scientists for Global Responsibility (INES), es für »mehr als eine rhetorische Frage (...) ob sich das jemand vorstellen kann: Deutsche Nuklearforschung und Waffenforschung unter einem Dach«.

(jW)